ihn haben auch, wie er später selbst bekannte, nicht die Professoren zum Abstinenten gemacht, sondern jene Genossen, die ihm Kummer machten und der Partei Schande. Aber der Alkohol, hielt man ihm entgegen, bringt dem Arbeiter Vergessen, reißt ihn wenigstens für kurze Zeit aus seinem Elend heraus. Victor Adler antwortete: „Wir wollen nicht, daß ihr vergeßt, darum wollen wir nicht, daß ihr trinkt.“ Er wußte, daß man auch hart sein muß zu Menschen, die man zu Großem erziehen will.

Und er durfte gegen andere hart sein, denn er war es auch gegen sich selbst. Für ihn gab es kein Ermüden, kein Ausruhen, kein Verzagen. Als ihn einst in einer Versammlung ein Genosse loben wollte, unterbrach er ihn kurz mit den Worten: „Jeder tut, was er kann.“ Ein bescheidenes, ein großes, ein stolzes Wort. Victor Adler tat, was er konnte, und das war nicht wenig. Er vermochte es nicht zu begreifen, wie in dem furchtbaren Elend der Gegenwart irgendein Mensch es unterlassen konnte, all seine Kräfte in den Dienst der Arbeiterschaft zu stellen. Schon als junger Mensch schrieb er an seinen Bruder: „Daß ein Mensch wie Du sich in das vierzehnte Jahrhundert verliert und gelehrten Staub frißt, statt in der goldenen Sonne der Gegenwart zu arbeiten, zu kämpfen und zu bluten, ist traurig, sehr traurig.“

Als Victor Adler starb, stand die österreichische Sozialdemokratie vor der schwersten Aufgabe, die ihr je gestellt war. Im schwierigsten Augenblick ging der Partei der Führer, der Ratgeber verloren. Aber nicht für eine Stunde trat Führungslosigkeit oder Ratlosigkeit ein. Die Partei, die durch Victor Adlers Kraft zu einem so stolzen Gebäude geworden war, stand fest auch dann, als der Führer sie verlassen mußte. Keinen höheren Ruhm gibt es für einen sozialistischen Führer als den, daß sein Werk weiterlebt und weiterwächst auch ohne ihn. Seine Kraft und Hingabe waren lebendig geworden in Unzähligen, die ihm folgten, seine Aufgaben übernahmen. Als er starb, blieb die Partei geschlossen und zielbewußt, der Stolz der Internationale; und auch er ist nicht tot, sondern lebt als leuchtendes Vorbild, als geliebter Freund fort in den Herzen des österreichischen Proletariats.

Walter Fabian.

Erweiterung der Unfallversicherung

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit der Vorlage zur Erweiterung der Unfallversicherung. Es handelt sich um die Ausdehnung der Versicherung auf eine Reihe von Betrieben, deren Arbeitnehmer besonders gefährdet sind, wie Feuerwehren, Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Theater, Kinos, Laboratoriums usw.; auch die Lebensretter sollen in den Genuß der Unfallversicherung kommen. Im allgemeinen erstreckt sich der erweiterte Schutz der Unfallversicherung nur auf das technische Personal, nicht auf das Bureau- und Verwaltungspersonal. Bei den Schauspielunternehmungen sind Kapellmeister, Musiker und sonstiges künstlerisches Personal, dessen Jahresarbeitsverdienst 3600 M. übersteigt, nicht einbezogen. Das gleiche gilt für Aerzte und Medizinalpraktikanten in den Krankenhäusern, soweit es sich nicht um Aerzte in den Laboratorien und Röntgenanstalten handelt. Die Schwestern von Diakonissenhäusern, vom Roten Kreuz und Ordensschwestern sind nur dann von der Versicherung befreit, wenn sie eine lebenslängliche oder eine der reichsgesetzlichen Unfallversicherung entsprechende Versorgung haben.

Die vielfachen Ausnahmebestimmungen der Vorlage wurden in der Aussprache scharf kritisiert. Abgeordnete Frau Schröder (Soz.) verlangte von der Reichsregierung die Ueberreichung der Denkschrift über die Erweiterung der Unfallversicherung, damit man erkennen könne, ob eine Erweiterung auf alle Arbeiter, die Unfällen ausgesetzt sind, wirklich nicht möglich sei. Jedenfalls müsse der Inhalt der Denkschrift mitgeteilt werden. Der vorliegende Entwurf sei nur eine Halbheit. Die Gast- und Schankwirtschaftsangestellten sowie die Hausangestellten seien nicht einbezogen. Innerhalb der erfaßten Betriebe schaffe man ganz unverständliche Ausnahmen; für die Schauspieler, die verunglücken, sei es z. B. gleich schlimm, ob sie ein hohes oder niedriges Gehalt beziehen. Gegen die Einschnürung der Einkommensgrenze, von der die bisherige Unfallversicherung frei gewesen sei, müsse Front gemacht werden. Warum wolle man die Musiker ausschließen? Warum die Aerzte? Der Novellenentwurf sei eine Unzulänglichkeit und bedeute deshalb praktisch nur eine Erschwerung der Durchführung und Anwendung der Versicherung. — Weiterberatung Freitag.

Optische Zugsicherung

München, 8. November. (Eig. Drahtb.)

Einem Kreis von Sachverständigen unter Hinzuziehung der Presse wurde am Donnerstag eine voraussichtlich epochemachende Erfindung des Münchner Reichsbahnrats Dr. Bäseler vorgeführt. Es handelt sich um eine optische Zugbeeinflussung, mit der jedem Zug die Geschwindigkeit bis zur völligen Bremsung von außen vorgeschrieben werden kann. Dadurch wird mit absoluter Sicherheit vermieden, daß durch falschgestellte Signale oder durch Nichtbeachtung richtiggestellter Signale Zugzusammenstöße oder -auffahrten erfolgen. Entgleisungen auf freier Strecke oder falsche Weichenstellung können allerdings dadurch nicht verhütet werden. Sie sind aber nach den Erfahrungen weniger oft die Ursache von Eisenbahnkatastrophen.

Die Apparatur der neuen Erfindung besteht aus dem von der Firma Zeiß, Jena, konstruierten Raumspiegel, der innerhalb der Blockstelle bei den Signalmasten angebracht ist, sowie der auf der Lokomotive befestigten sogenannten Selenzelle nebst einem Tachometer und dem dazu benötigten Stromkreis zur Auslösung des Ankers für die Bremswirkung. Für Güterzüge, die einen viel längeren Bremsweg haben, hat der Tachometer eine selbsttätige Verstellung. Die angestrebte Geschwindigkeitsbegrenzung jedes Zuges und überhaupt die Unmöglichkeit, daß ein Zug in die Gefahrenzone hinter dem Hauptsignal kommt, wird damit in vollendeter Weise erreicht. Die Bremswirkung kann bis auf einen Kilometer genau reguliert werden. Witterungseinflüsse auf den Spiegel, z. B. bei Regen, Schnee usw., und auf die Rücksendung des Lichts auf die Lokomotive gelang es ganz auszuschalten, so daß bei den seit längerer Zeit in der Nähe Münchens unternommenen Bremsversuchen, insgesamt 4500, nicht ein einziger Versager war. Die Erfindung läßt sich in vielfacher Weise natürlich auch für alle den einfahrenden Zügen zu signalisierenden Befehle verwenden, wodurch bedeutende Ersparnisse im Gesamtbetrieb erzielt werden können.

Sozialistische Vierländerkonferenz. Die für Anfang November geplante Konferenz der Sozialisten Frankreichs, Belgiens, Englands und Deutschlands (Vierländerkonferenz) findet voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte des Januars statt. Ein früherer Zusammentritt ist auf Grund der in einigen Ländern eingetretenen parlamentarischen Situation nicht möglich.

Russischer Staatsprozeß in Berlin. In Berlin werden zur Zeit im Auftrag der russischen Regierung zahlreiche wertvolle Kunstgegenstände versteigert, die nach dem Sieg der Sowjets bei reichen Privatpersonen beschlagnahmt wurden. Ein Teil der früheren Besitzer hat jetzt gegen diese Versteigerung ihres Besitzes eine einstweilige Verfügung auf Einhalt erwirkt. Es muß nun in einem Hauptprozeß entschieden werden, ob die Wegnahme der Kunstgegenstände nach russischem Recht „zu Recht“ geschah.

Die Revolutionsfeiern im Reiche

zeichneten sich in diesem Jahre überall durch besonders starke Massenbeteiligung aus. Die Feier der Berliner Sozialdemokratie im Sportpalast nahm einen imposanten Verlauf. Ein Menschenstrom aus allen Teilen der Stadt ergoß sich in den Riesensaal, auch die Jugend marschierte zu Tausenden auf. **Blüthner-Orchester und Arbeitersänger leiteten die Feier ein. Heinrich Witte vom Staatstheater sprach Franz Rothenfelders Dichtung „Matrosen auf schwankendem Schiff“. Wilhelm Dittmann hielt die Festrede.**

Verhinderte Helden.

„Meine Herren, ich sage: hätten uns nur damals am 9. November diese Revolutionäre gestattet, unser Blut für Se. Majestät zu vergießen, es wäre alles anders gekommen!“

Severings Novemberrede

S. **Berlin, 10. November.** (Eig. Funk.) Im Rundfunk hielt Genosse Karl Severing die Rede für den 9. November. Er führte u. a. aus: „Für alle Einsichtigen stand fest, daß der militärische Mißerfolg einen innerpolitischen Umsturz nach sich ziehen würde. Jeden Augenblick wartete man seit den Oktobertagen auf die Katastrophe, und niemand in den monarchistischen Kreisen fand den Mut zur Verteidigung. Der 9. November war nicht das Werk einzelner Verschwörer, sondern es war das Signal für das Volk, sich sein Selbstbestimmungsrecht zu sichern. Es bedeutet Geschichtsfälschung schlimmster Art, diesen Tag als „Tag des Verrats“ zu bezeichnen. Die neue Verfassung des deutschen Volkes geht nicht von Fürsten oder Diktatoren aus, sondern vom Volk. Und dies ist um so höher anzuschlagen, da das alte System alle politische Erziehung des Volkes versäumt hat. Nur durch Selbstbildung wurde das Resultat erreicht. Man sagt öfters in nationalistischen Kreisen, der neue Staat hätte keine Führer, aber haben nicht die Männer, die so oft verlästert worden sind, Deutschland gerettet? Sie haben das Chaos verhindert und den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau des Landes gefördert.“

Das große Maul des Stahlhelms

D. **München, 10. November.** (Eig. Funk.) Am Freitag abend versuchte auch der Stahlhelm in München eine Kundgebung gegen die Revolution zu veranstalten. Trotzdem auf mächtigen Plakaten Düsterberg in eigener Person als Redner angekündigt war und auch erschien, war der Besuch geradezu kläglich. Als Stahlhelmer erschienen genau gezählt 143 meist grüne Jungen, die vom Gewicht des Bierkübels fast zu Boden gedrückt wurden. Düsterberg zog es deshalb auch vor, seine Rede abzukürzen. Ueber das Volksbegehren des Stahlhelms erzählte er nur, daß es im Frühjahr 1929 steigen solle. Etwas mehr hat er darüber in einer am Tage zuvor mit deutschnationalen und völkischen Journalisten abgehaltenen „Pressebesprechung“ gesagt: Dieses Volksbegehren soll als Auftakt einer zusammenfassenden politischen Aktion gedacht sein, an deren Ende die Reichspräsidentenwahl 1932 stehe. Alles, was politisch in der Mitte sei, müsse dabei zertrümmert werden. — Viel Glück, ihr Großmäuler!

Ein neuer Justizskandal

S. Ein neuer Justizskandal scheint in Vorbereitung! Diesmal nicht durch die Magdeburger, sondern die Kölner Justiz, obwohl der Fall selbst zur Zeit in Magdeburg spielt.

Vor mehr als vier Jahren hat der Oesterreicher Karl Beck seine Schwiegermutter beleidigt. Er stand damals im Begriff, sich scheiden zu lassen und erklärte vor Gericht: „Ich bin von meiner Schwiegermutter mit meiner Frau direkt verkuppelt worden.“ Die böse Schwiegermama tat erzürnt und zeigte ihren Schwiegersohn von gestern an. Die Staatsanwaltschaft in Köln kam ihr zu Hilfe, indem sie gegen Beck ein Offizialverfahren einleitete. Inzwischen war Beck, ohne von diesem Verfahren zu wissen, nach Wien zurückgekehrt und hatte dort eine Stellung angenommen. Das war vor vier Jahren. Vor wenigen Monaten bot ihm nun sein Bruder, ein hochangesehener Mann, in Magdeburg eine Stellung an. Beck entschloß sich, dem Angebot Folge zu leisten, meldete sich in Magdeburg polizeilich an und war gerade im Begriff, seinen neuen Wirkungskreis anzutreten, als er mir nichts, dir nichts verhaftet wurde. Die Kölner Staatsanwaltschaft hatte wegen der vor vier Jahren erfolgten Anzeige der Schwiegermutter einen Steckbrief hinter Beck erlassen. Beck sitzt nunmehr bereits vier Wochen im Magdeburger Gerichtsgefängnis. Alle Haftbeschwerden wurden bisher von der Strafkammer des Kölner Landgerichts „wegen Fluchtverdachts“ abgelehnt.

Ein unerhörter Skandal! Im allgemeinen verweist man beleidigte Schwiegermütter auf den Weg der Privatklage. Aber selbst wenn das Offizialverfahren berechtigt sein sollte, bleibt die ganze Geschichte noch reichlich skandalös. Auf das „Verbrechen“ des Beck steht nach dem Strafgesetzbuch eine Geldstrafe, im härtesten Falle kann Beck zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt werden. Aus diesen 5 Tagen sind jetzt bereits 4 Wochen geworden, und es dürften Monate werden, wenn von der Aufsichtsbehörde nicht endlich eingegriffen und Beck auf freien Fuß gesetzt wird. Von Justizskandalen à la Magdeburg sollten wir endlich genug haben.

Große Betrugsaffäre

Der Bruder Litwinows als Wechselfälscher?

Die Pariser Polizei ist gegenwärtig mit der Aufklärung einer Riesenbetrugsaffäre beschäftigt, die sich gegen die russische Handelsvertretung in Berlin richtete. Als Hauptbeteiligte werden ein Bruder des russischen Volkskommissars Litwinow und der in der Hauptsache aus der Kutisker-Affäre bekanntgewordene Michael Holzmann, der gegenwärtig in Frankreich lebt, genannt. Der russischen Handelsvertretung ist ein Schaden nicht entstanden, da sie den Betrügereien rechtzeitig auf ihr Spur kam.

Litwinow teilte der russischen Handelsvertretung in Berlin vor einiger Zeit mit, daß ihm ein Wechsel präsentiert worden sei, als dessen Girant die russische Handelsvertretung in Berlin gezeichnet habe. Die Handelsvertretung stellte sofort fest, daß ein solcher von ihr girierter Wechsel nicht existieren könne und verlangte von Litwinow eine Aufklärung. Dieser verwies auf eine inzwischen verstorbene Persönlichkeit in Moskau, die angeblich den Auftrag zur Ausstellung des fraglichen Wechsels gegeben habe. Die angestellten Ermittlungen ergaben daher, daß diese mysteriöse Persönlichkeit in der fraglichen Zeit nicht in Moskau gewesen war, sich vielmehr in einem deutschen Sanatorium aufgehalten hatte. Die Handelsvertretung erstattete daraufhin Anzeige und ersuchte das Pariser Polizeipräsidium um die Feststellung, welches Konsortium das Wechselbetrugsmanöver in Szene setzen wollte. Die sofort eingeleiteten Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Es ist auch noch nicht ermittelt, auf welche Beträge die einzelnen Wechsel lauten und um welche Gesamtsumme es sich handelt. Bisher ist nur ein Wechsel entdeckt worden, der auf rund 5000 Pfund lautet und die Unterschrift von Litwinow trägt. Man vermutet, daß auch die übrigen Wechsel auf ungefähr die gleiche Summe ausgestellt sind, so daß es sich bei dem geplanten Betrugsversuch wahrscheinlich um Millionensummen handelt.

Inwieweit Michael Holzmann mit der Angelegenheit unmittelbar verknüpft ist, steht noch nicht fest; er ist jedoch dringend verdächtig, in irgendeiner Form an ihr beteiligt zu sein. Die Gläubiger der in Umlauf gesetzten Wechsel sollen in der Hauptsache westdeutsche, elsässische und französische Industrielle sein. Es wird weiter behauptet, daß sie, als die russische Handelsvertretung in Berlin die Einlösung der Wechsel verweigerte, bei einem Pariser Rechtsanwalt ein Strafverfahren wegen Wechselbetruges gegen Litwinow als Wechselaussteller anhängig machten. Litwinow selbst ist geflohen; man vermutet, daß er sich in Belgien aufhält.

100 000 Arbeiter — zwei Aktionäre

D. Ein charakteristisches Beispiel für die Abhängigkeit der bürgerlichen Presse vom Unternehmertum liefert am Freitag das Organ der christlichen Gewerkschaften Der Deutsche. Das Blatt weist nach, daß sich das führende Organ des Zentrums, die Germania, in dem Kampf an der Ruhr immer und immer wieder auf die Seite der Arbeitgeber stellt und wirft dann die Frage auf:

„Wiegen die 100 000 Zentrumsarbeiter weniger als zwei oder drei schwerindustrielle Aktionäre der Germania?“

Die Frage aufwerfen heißt sie beantworten. Wenn die zwei oder drei schwerindustriellen Aktionäre nicht im Aufsichtsrat der Germania sitzen würden und das Blatt unabhängig von schwerindustriellen Einflüssen wäre, dann würde es sich nicht auf die Seite der Arbeitgeber stellen und gegen einen großen Teil seiner eigenen Leser Front machen. Wie im Falle der Germania, so ist es überall. Die Arbeiter dürfen die vom Unternehmertum finanzierten Blätter für ihr Geld zwar lesen und unterhalten, aber Einfluß auf den Inhalt ihrer Zeitung haben nur die Aktionäre. Welch Wunder, wenn in einem Kampf zwischen Kapital und Arbeit gegen die Arbeiter Stellung genommen und nur den Interessen der Arbeitgeber das Wort geredet wird. Helfen kann hier nur eines! Heraus mit der bürgerlichen Presse aus den Arbeiterwohnungen!

Verschleppung der englischen Wahlen

London, 8. November. (Eigenbericht.) Ministerpräsident Baldwin erklärte im Unterhaus, es sei „völlig ungewiß“, wann die nächste allgemeine Wahl vorgenommen würde. Man nimmt in London jedoch an, daß die Neuwahlen bereits im kommenden Mai unmittelbar nach der Einbringung des nächsten Budgets, das eine Reihe von Steuererleichterungen für das besitzende Bürgertum enthalten soll, erfolgen werden.

Bei den schottischen Kommunalwahlen hat die Arbeiterpartei insgesamt 40 Sitze gewonnen.

Schwere antisemitische Ausschreitungen ereigneten sich am Freitag in Posen. Hunderte von Studenten demolierten jüdische Geschäfte, wobei Warenbestände im Werte von mehreren hunderttausend Zloty vernichtet wurden. Zahlreiche Juden wurden schwer verletzt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19281110/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG